

JEDEM KIND EINEN PLATZ UND SEINE CHANCEN!

SPD unterstützt die Modernisierung der Königswinterer Schulen

>>> Nachdem in Königswinter gegen den erbitterten Widerstand von CDU und FDP die Gesamtschule Oberpleis 2014 an den Start gehen konnte und damit endlich jedes Kind seinen Schulplatz findet, ist es nun an der Zeit, unser Schulzentrum mit Gymnasium und Gesamtschule technisch so auszustatten, dass in Zukunft zeitgemäßer Unterricht erfolgen kann. Königswinter wird ab dem Sommer 2018 mit gegenwärtig veranschlagten 2,5 Mio. Euro das Schulzentrum Oberpleis mit einer modernen und zukunftsfähigen TK-

und IT-Infrastruktur ausstatten.

So wird die seit ca. 15 Jahren betriebene IT-Ausstattung von z. B. Einzelplatzlösungen auf ISDN-Basis so weiterentwickelt, dass die Anforderungen an eine moderne und zukunftsfähige Schullandschaft auch bei uns gewährleistet werden können. So nehmen nun Vorüberlegungen und Beratungen im Rat und Schulausschuss der Stadt konkrete Formen an. Wir schaffen mit diesen Investitionen in die strukturelle Vernetzung des Schulzentrums Ober-

pleis die Grundlage, um in Zukunft mit digitalen Medien Unterrichtsstoff und Lehrpläne umsetzen zu können. Diese Ziele unterstützen wir ebenso ausdrücklich, wie wir auch die Modernisierung der Grundschulen nicht aus den Augen verlieren. Unsere Kinder benötigen ein zukunfts- und leistungsfähiges Schulangebot, damit sie ihre jeweiligen Fertigkeiten und Fähigkeiten ausprägen und festigen können. Für uns braucht jedes Kind seinen Platz und seine Chancen.

MEHR KITA-PLÄTZE IN DER ALTSTADT

SPD sorgt für Prüfung einer vier-gruppigen Kindertagesstätte

>>> In der Stadtratssitzung am 1. Oktober hat sich die SPD-Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass geprüft wird, die am Hallenbad in der Altstadt geplante Kindertagesstätte mit vier anstatt mit drei Gruppen zu errichten.

Vorausgegangen war die Vorstellung einer Machbarkeitsstudie zum Alternativstandort auf dem Spielplatzgelände, nachdem zuvor die Ergebnisse des Schallschutzgutachtens für den bisher vorgesehenen Standort an der Bahnhofsallee genannt wurden. Vorgestellt wurde ein 3-gruppiges Konzept mit einer zusätzlichen Dachterrasse.

In der darauffolgenden Debatte machte die SPD deutlich, dass sie die unmittelbare

Umsetzung einer 4-gruppigen Kita favorisiert. Dies wird nun geprüft. Insbesondere der steigende Bedarf durch die erhöhte U3-Betreuungsquote macht laut SPD-Fraktion eine maximale Auslastung der zur Verfügung stehenden Flächen erforderlich.

"Wir haben nicht mehr den Luxus, Potenzialflächen zu vergeuden, daher bitten wir die Verwaltung, das Maximum mögliche an Kita-Plätzen für die Königswinterer Familien zu ermöglichen", unterstrich Rats Herr Ali Dogan.

Insgesamt fordert die SPD eine familienfreundlichere Handschrift für Königswinter. Hierzu gehören wichtige

Punkte wie ausreichende und wohnortnahe Kita-Plätze, gut ausgestattete Schulen, eine gute Infrastruktur in den Ortsteilen und seniorengerechte Versorgungs- und Pflegestrukturen im gesamten Stadtgebiet.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Jeden Monat führt die SPD-Stadtratsfraktion eine Bürgersprechstunde durch. Immer am dritten Donnerstag des Monats steht Ihnen ein SPD-Vertreter von 18-20 Uhr in der Paul-Moor-Schule in Oberpleis zur Verfügung.

WOHNEN FÜR ALLE IN KÖNIGSWINTER

>>> Zu Beginn des Prozesses der Abstimmung eines integrierten Stadtentwicklungs-Konzeptes (ISEK) für die nächsten 15-20 Jahre bestand eine erstaunliche Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen, und die besteht im Grundsatz noch heute. Aber wir wissen ja: Der Teufel steckt im Detail. Das gilt besonders für die Innenentwicklung, die nach dem Baugesetzbuch Priorität vor der Außenentwicklung hat. Wenn wir diesen Grundsatz nicht wirklich ernst nehmen, sind die Vorschläge zur Außenentwicklung

insbesondere im Raum Stieldorf den dortigen Anwohnern noch schwerer vermittelbar. Der Hinweis, zu Beginn des Planungsprozesses sei man sich über eine kleinteilige Bebauung einig gewesen, lässt völlig außer Acht: Seit 2015 ist die Nachfrage insbesondere nach preisgünstigen Wohnungen dramatisch gestiegen, mehr aber noch wegen des knappen Angebots die Preise. So würde sich im Bereich der Altstadt, auch östlich der Hauptstraße, eine Innenentwicklung durch Nachverdichtung in besonderer

Weise anbieten. Was die dringend benötigten Sozialwohnungen betrifft: Wir wollen sie an unterschiedlichen Standorten, auch in „guten“ Lagen, schaffen, um die Bildung von sozialen „Brennpunkten“ von vornherein zu verhindern. Ob und wie ein solcher Bebauungsplan zur Verdichtung im Bestand möglich ist, müsste natürlich noch im Einzelnen geprüft werden. Wir hoffen, dass wir über solche Fragen mit den anderen Fraktionen ins Gespräch kommen können.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

SPD-Ortsvereine laden zur Feier ein

>>> Vor 100 Jahren führte die sozialdemokratische Regierung das Frauenwahlrecht ein. Um dieses Jubiläum zu feiern, laden die SPD-Ortsvereine Königswinter, Bad Honnef und Sankt Augustin zu einer gemeinsamen Party mit kulturellem Programm ein. Wir freuen uns, dass wir mit den Schauspielerinnen Katrin Mattila und Alina Rohde in einer szenischen Lesung "1000 Grüße von Zelle zu Zelle - Das Frauenpaar Rosa Luxemburg und Clara Zetkin" sowie der Poetry-Slamerin Ella Anschein kulturelle High-

lights präsentieren können. Anschließend darf zu Musik aus den vergangenen 100 Jahren gefeiert werden. Um Anmeldung auf der Internetseite der SPD Sankt Augustin wird gebeten.

Freitag, 30. November 2018 im Bürgerhaus am Aegidiusplatz 10 in Bad Honnef-Aegidienberg. Wir starten um 19 Uhr, der Eintritt ist frei.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und **schärft Profil** Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse Seite 3

Königswinterer **Schulen** werden modernisiert Seite 4

SPD für mehr **Kita-Plätze** in der Altstadt Seite 4



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspurig-namen „Klimaticket“ übriggeblieben.